

Mögliche Praxisgebühr verschärft Lage von Patienten

## Eintritt zahlen beim Arzt?

Im deutschen Gesundheitssystem geht es ungerecht zu: Versicherte werden einseitig durch Zusatzbeiträge belastet und müssen bei Medikamenten und Hilfsmitteln immer mehr selbst bezahlen. Hinzu kommt die Praxisgebühr in Höhe von zehn Euro. Nun wird darüber diskutiert, Patienten künftig fünf Euro abzuverlangen – allerdings nicht nur einmal im Quartal, sondern bei jedem Arztbesuch. Derartige Vorschläge stoßen auf den erklärten Widerstand des SoVD. Der Verband fordert die Rückkehr zur Solidarität innerhalb der gesetzlichen Krankenversicherung und die Abschaffung der Praxisgebühr.



Foto: Aamon/fotolia, Montage: Matthias Herrndorf

**Kostet der Gang zum Arzt künftig Eintritt? Ein Vorschlag sieht eine Gebühr von fünf Euro pro Besuch vor – statt wie bisher zehn Euro pro Quartal.**

Das Wort Gesundheitsreform wird kaum ein Politiker freiwillig in den Mund nehmen. Zu viele Versuche sind in den letzten Jahren gescheitert, und zu leichtfertig wurden unter anderem auch die Warnungen des SoVD in den Wind geschlagen. Solidarität stellte als Grundprinzip traditionell die tragende Säule unseres Gesundheitssystems dar und führte zu weitreichender Akzeptanz bei allen Beteiligten. Wurden die innerhalb der gesetzlichen Krankenversicherung (GKV) anfallenden Kosten von Arbeitnehmern und Arbeitgebern zu gleichen Teilen getragen, hat sich dieses Gleichgewicht im-

mer stärker zulasten der Versicherten verschoben.

### Abkehr von der Solidarität

Spätestens mit der Einführung des Gesundheitsfonds wurde die Abkehr von der Solidarität politisch zementiert. Damals legte die Bundesregierung einen einheitlichen Beitragssatz per Rechtsverordnung fest. Während der Anteil der Arbeitgeber mittlerweile eingefroren wurde, zahlen die Versicherten zusätzlich zu ihrem Anteil noch immer einen

sogenannten Sonderbeitrag in Höhe von 0,9 Prozent. Von paritätischer Finanzierung kann somit keine Rede mehr sein. Das gilt umso mehr, als künftige Kostensteigerungen allein von den Versicherten getragen werden müssen. Die Folge bekamen Millionen Menschen bereits 2010 zu spüren. Damals forderten einzelne Krankenkassen von ihren Mitgliedern Zusatzbeiträge von acht Euro oder mehr ein, weil sie mit den Geldern aus dem Gesundheitsfonds nicht auskamen.

### Patienten werden bestraft

Der Prozess der Entsolidarisierung setzte allerdings bereits vor der Einführung des Gesundheitsfonds ein. Seit 2004 muss bei jedem Arztbesuch eine sogenannte Praxisgebühr in Höhe von zehn Euro entrichtet werden. Diese war ursprünglich dafür gedacht, die Anzahl der Arztbesuche zu reduzieren. Dieses Ziel wurde jedoch verfehlt. Die Menschen gehen heute annähernd genauso oft zum Arzt wie vor acht Jahren.

**Fortsetzung auf Seite 2**

### Teilhabe trotz Behinderung

Die berufliche und soziale Integration jedes Auszubildenden ist Ziel des Berufsbildungswerkes Stendal  
**Seite 6+7**



### Ist gute Laune eine Frage des Alters?

Altersforscherin Dr. Michaela Riediger im Interview  
**Seite 17**

### Niemand kommt mit Eugen klar

Die Gedankenwelt Demenzkranker funktioniert nach eigenen Regeln  
**Seite 3**



### Änderungen in 2012

Am 1. Januar treten viele Neuregelungen in Kraft  
**Seite 26**

### GEZ-Gebühr kommt

Schwerbehinderte mit Merkzeichen RF müssen ab 2013 ein Drittel zahlen  
**Seite 2**



### Auch als Schriftsteller hat er einen Namen

Schauspieler Michael Degen wird 80 Jahre  
**Seite 28**

### Anzeige

[www.menschenAb50.de](http://www.menschenAb50.de)

Als SoVD-Mitglied genießen Sie besonders günstigen und speziellen Schutz.

#### Pflegerechten-Risikoversicherung

- Beitrittsalter 18-80 Jahre
- Wahl der monatlichen Pflegerente von 150 bis 2.000 EUR
- Im Pflegefall nach dem 3. Versicherungsjahr lebenslange Leistung
- Finanzielle Entlastung bereits ab Pflegestufe 0
- Beitragsbefreiung bei Eintritt des Pflegefalles

#### Haben Sie Interesse?

ERGO Lebensversicherung AG  
Organisation für  
Verbandsgruppenversicherungen  
22287 Hamburg

**ERGO**



## Blickpunkt

Trotz heftiger Kritik hält die Bundessozialministerin an ihrer Idee der Zuschussrente fest. Das Modell hat Ursula von der Leyen vorgeschlagen, um die Altersarmut zu bekämpfen. Langjährig Versicherten soll damit ein monatliches Einkommen von wenigstens 850 Euro garantiert werden. Die Ministerin will so eine Gerechtigkeitslücke schließen. Doch von der Leyen übersieht, dass ihr Konzept „zur stärkeren Berücksichtigung der Lebensleistung“ an der Mehrzahl

der von Altersarmut bedrohten Menschen vorbeigeht. Vor allem deshalb, weil der Anspruch auf Zuschussrente an Bedingungen geknüpft ist, die für die meisten Geringverdiener kaum zu erfüllen sind. Wer sie beantragen möchte, muss nicht allein 45 Jahre in die Rentenversicherung eingezahlt, sondern in dieser Zeit 30 bis 35 Jahre eigene Beiträge entrichtet haben. Zudem sollen mindestens fünf Jahre zusätzliche private Altersvorsorge nachgewiesen werden. Zu hohe

Hürden! Insbesondere, weil immer mehr Menschen Lücken in ihren Erwerbsbiografien haben. Nach diesen Vorgaben könnten nur 17 000 der derzeit 400 000 Grundsicherungsempfänger einen Antrag stellen... Das wenig zielführende Konzept findet deshalb auch im Regierungsdialog Rente wenig Fürsprecher. Wird die Ministerin im neuen Jahr ihr Modell überdenken und davon abrücken?

Adolf Bauer  
SoVD-Präsident